

Vesper, Ute

**Leichte Sprache in der Behindertenarbeit-
Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein,
um das Konzept der Leichten Sprache
umzusetzen?**

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2015

Erstprüfer: Dr. M. Hille

Zweitprüfer: Prof. Scherer

Bibliographische Beschreibung:

Hochschule Mittweida University of Applied Sciences Fakultät Soziale Arbeit

Vesper Ute Matrikel Nr:27581

Leichte Sprache in der Behindertenarbeit- Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um das Konzept der Leichten Sprache umzusetzen?

Bachelorarbeit 31S.

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit, Bachelorarbeit

Dr. M. Hille, Prof. Scherer, 2015-01-16

Behinderung, Leichte Sprache, Barrieren

Referat:

Menschen mit Lernschwierigkeiten und kognitiven Beeinträchtigungen sind auf Leichte Sprache angewiesen, um komplexe Zusammenhänge (besser) zu verstehen. Diese Arbeit beschreibt, welche Barrieren und Schwierigkeiten in der Nutzung von Medien und im Umgang mit Verwaltung bestehen und welche Veränderungen notwendig sind.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	4
2. Behinderung- ein Erklärungsversuch	7
2.1 Paradigmenwechsel	7
2.2 Betrachtungsweise der WHO	9
2.3 Sozialgesetzlicher Kontext	10
2.4 Betrachtungsweise durch die UN- BRK.....	10
3. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)	12
4. Teilhabe- Begriffserklärung	14
5. Leichte und einfache Sprache- Konzepte mit Zukunft?!	15
5.1 Unterscheidung von Leichter und einfacher Sprache	16
5.2 Entstehung der Leichten Sprache	17
5.3 Regeln für Leichte Sprache	18
5.4 Regeln für einfache Sprache	19
6. Kritik an Leichter Sprache	20
7. Derzeitige Bedingungen und Barrieren	22
7.1 Zugang zum Internet	24
7.2 Zugang zum Fernsehen	25
7.3 Zugang zum Radio	26
7.4 Barrieren in der Verwaltung.....	27
8. Was kann soziale Arbeit tun?	29
9. Fazit und eigene Erfahrungen	32
Anlage.....	34
Erklärung zum Werkstatt-Vertrag in leichter Sprache.....	34
Literaturverzeichnis.....	45

1. Einleitung

„Die Sprache der Wahrhaftigkeit ist einfach“

(Lateinische Lebensweisheit)

Ich arbeite als Sozialarbeiterin im Begleitenden Dienst einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen, in der mehr als 380 Menschen mit geistigen, körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen tätig sind. In meiner Praxis kommt es regelmäßig vor, dass ich Aushänge gestalte, Ausschreibungen für verschiedene Aktivitäten an unsere Beschäftigten verteile und aktiv bei der Gestaltung der internen Werkstattzeitung beteiligt bin. Obwohl ich schon mehrere Jahre in diesem Bereich arbeite, wunderte ich mich lange Zeit, dass die Informationen, die ich weitergab nicht so ankommen und verstanden wurden, wie ich es mir wünschte. Auf der Suche nach verständlichen Informationen stieß ich bei der Internetrecherche auf das Konzept der Leichten Sprache. Dieses Konzept lässt sich gut mit der Behindertenarbeit vereinbaren, benötigt aber eine größere Plattform in der Gesellschaft. Daher interessierte mich, wie die aktuelle Lage zu diesem Thema ist und welche Voraussetzungen nötig sind, um das Konzept umzusetzen.

Um mich dem Thema anzunähern, werde ich im ersten Kapitel den Begriff Behinderung näher erläutern. Dieser Begriff unterliegt einem sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und historischen Wandel. Mir war es wichtig, darauf einzugehen, um zu verdeutlichen, dass die jeweilige Betrachtungsweise ausschlaggebend ist, wie Menschen mit Behinderungen gesehen werden und somit auch das Thema der Leichten Sprache einen Perspektivwechsel erfordert.

Ich stütze mich in diesem Abschnitt auf den Aufsatz von Heidrun Metzler (2011) im Handbuch der sozialen Arbeit, die sich mit dem Paradigmenwechsel und der Definition durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschäftigt. Weiterhin erschien mir die Betrachtungsweise aus sozialgesetzlicher Sicht und aus dem Blickwinkel der UN- Behindertenrechtskonvention wichtig.

In den beiden nächsten Kapiteln werde ich kurz auf die Begriffe Teilhabe und Behindertenrechtskonvention eingehen, um ein besseres Verständnis für die Zusammenhänge zu erreichen.

Neben dem Konzept der Leichten Sprache gibt es auch die sogenannte einfache Sprache. Im fünften Abschnitt werde ich auf die Definition und die Unterscheidung von Leichter Sprache und einfacher Sprache eingehen. Hier nutzte ich Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung und diverse Internetseiten, die Leichte Sprache publizieren.

Natürlich gibt es auch kritische Meinungen, die dem Konzept der Leichten Sprache entgegenstehen. Diese werde ich im sechsten Teil darlegen. Hierbei verwendete ich Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Ausgabe 9-11 der Zeitung „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) widmete sich dem Thema der Leichten Sprache und gab verschiedenen Autoren die Möglichkeit sich zur Problematik zu äußern.

Der siebente Absatz beschäftigt sich mit der aktuellen Situation von Menschen mit kognitiven Einschränkungen bei der Nutzung von Medien und Verwaltungen. Hier möchte ich auf einige bestehende Barrieren im Internet, Fernsehen und Radio eingehen und darstellen, welche Möglichkeiten es bereits gibt und welche noch ausgeschöpft werden können. Besonders in Behörden und Verwaltungen ist großer Nachholbedarf im Abbau von Barrieren verschiedenster Art geboten. Um einen Überblick über Barrieren in Verwaltungen zu bekommen nutze ich die „Arbeitshilfe zur Sensibilisierung und Qualifizierung von kommunalen Verwaltungsstellen“, welche im Rahmen der Projektgruppe „örtliche Teilhabeplanung“ des Zentrums für Planung und Evaluation sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen entstand. „Dieser Leitfaden soll dazu beitragen, dass sich Verwaltung den

Herausforderungen „einer Verwaltung für alle im inklusiven Gemeinwesen“ stellen kann (vgl. Konieczny, 2012,S.2).

Im achten Kapitel geht es um die Bedeutung dieses Wissens für die soziale Arbeit. Hier beschäftige ich mich mit den Fragen: Was können also Menschen in sozialen Berufen tun, um ihrem Klientel die Nutzung von Medien zu ermöglichen. Welche Schritte müssten eingeleitet werden, um Menschen mit kognitiven Einschränkungen zu einer selbständigen und selbstbestimmten Nutzung von Verwaltungen zu befähigen? Hier nutzte ich hauptsächlich den Parallelbericht der BRK- Allianz, die sich mit der Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention (UN- BRK) befasst und ihre Forderungen an die Bundesregierung stellt.

Im Fazit werde ich die Arbeit noch einmal zusammenfassen und gehe kurz auf meine eigenen Erfahrungen in meiner praktischen Arbeit ein.

2. Behinderung- ein Erklärungsversuch

Die vereinten Nationen geben an, dass ca. 650 Millionen Menschen auf der Welt (das sind ca. 10 %) mit einer Behinderung leben. Der Begriff Behinderung ist sehr komplex und wurde im Laufe der Zeit immer wieder neu beschrieben und verstanden.

„Der Begriff Behinderung wird auf sozial, kulturell und gesellschaftlich höchst unterschiedliche Situationen und Lebenslagen angewandt und unterliegt zudem einem kontinuierlichen historischen Wandel“ (Metzler, 2011, S.101).

Daher erscheint es mir zu Beginn sinnvoll, den Begriff Behinderung näher zu beschreiben und einen kurzen Überblick über die unterschiedlichen Betrachtungsweisen aufzuzeigen.

Lange Zeit wurde Behinderung als ein Problem des Einzelnen betrachtet, dass vor allem durch individuelle körperliche, geistige oder seelische Defizite gekennzeichnet war. Erst durch Einflüsse verschiedener Richtungen konnte der Wandel vom medizinischen Modell hin zu einem sozialen Modell gelingen.

2.1 Paradigmenwechsel

Seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts bildeten sich verschiedene Paradigmen, die sich durch ihre jeweiligen Standpunkte unterschieden.

Das *individualtheoretische Paradigma* geht davon aus, dass ein Mensch durch physische, psychische oder kognitive Beeinträchtigungen bestimmte Alltagsfunktionen nicht oder nicht mehr ausführen kann. In diesem Modell wird die Behinderung als „individuell belastende Beeinträchtigung“ verstanden. Somit gilt als oberstes Ziel, diese Beeinträchtigung durch Förderung und Unterstützung zu überwinden. Dieses Modell legte historisch betrachtet die Grundlage für Rehabilitation und Behindertenhilfe und die Entwicklung pädagogischer Modelle (ebd.).

Das *interaktionistische Paradigma* ist das Konzept der Stigmatisierung. Behinderung wird als Merkmal einer Person beschrieben, mit der Wirkung,

dass diese durch dieses Merkmal abgewertet wird. Es wurde davon ausgegangen, dass in der Gesellschaft bestimmte Rollenfunktionen und -erwartungen herrschen. Diese werden von Menschen mit Behinderungen nicht ausreichend oder abweichend erfüllt (beispielsweise fehlendes Distanzverhalten oder Einschränkungen in der Alltagsbewältigung). Diese Abweichungen werden als irritierend erlebt und „führen vielfach zu generalisierenden Inkompetenzerwartungen bzw.- vermutungen“ (Metzler, 2011, S.102). Die individuelle Beeinträchtigung wird erst durch die „normative Bewertung zu einer „Abweichung“, die weitreichende Folgen für die soziale Situation eines Menschen mit Behinderung haben kann“ (ebd.).

Das *gesellschaftstheoretische Paradigma* geht davon aus, dass Behinderung ein „gesellschaftlich produzierter Tatbestand“ ist, der die Teilhabe am öffentlichen Leben verhindert oder einschränkt. Dies drückt sich in beispielsweise in Architektur, Gesetzen, Institutionen, Technik usw. aus. Besonders kapitalistische Gesellschaftsformen schließen Menschen mit Behinderungen durch bestehende Chancenungleichheiten aus. Jantzen (1976) bezeichnet Behinderung als „Resultat einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die zum Ausschluss aus den Prozessen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion führt und dadurch zur Isolation“ (Metzler 2011, S.102, zit. nach Jantzen 1976).

Der *systemtheoretische Ansatz* befasst sich mit der Analyse moderner Gesellschaften, die sich durch unterschiedliche Kommunikationssysteme unterscheiden, sowie die Einführung der neutralen Begriffe Inklusion und Exklusion. Dieses Paradigma geht davon aus, dass Behinderung nicht mehr als „individuelles Merkmal bzw. Status angesehen wird, sondern vielmehr als soziale Konstruktion in gesellschaftlichen Prozessen der Inklusion und Exklusion bestimmt werden“ (vgl. Metzler, 2011, S.102).

2.2 Betrachtungsweise der WHO

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) versuchte 1980 chronische Erkrankungen und Behinderungen zu klassifizieren. Es entstand die „International Classification of Impairments, Disabilities, and Handicaps“ (ICIDH), die 3 Dimensionen differenzierte:

Impairment meint Schädigungen von biologischen und/ oder psychischen Strukturen und Funktionen des menschlichen Organismus. *Disability* umfassen funktionelle Einschränkungen. Mit *Handicaps* sind die Benachteiligungen in familiärer, beruflicher und gesellschaftlicher Hinsicht gemeint (vgl. Metzler, 2011, S.104). Dieses Konzept wurde mehrmals überarbeitet, da es aufgrund seiner Eindimensionalität in Kritik geraten war. 2005 wurde die „International Classification of Functioning, Disability and Health“ (ICF) verabschiedet. Dieser Entwurf berücksichtigt mehrere Komponenten:

Die Beeinträchtigung von Körperfunktionen oder -strukturen, die aufgrund von Unfällen, Erkrankungen oder genetischen Abweichungen entstehen können, die Aktivität und die Teilhabe sowie die sogenannten Kontextfaktoren. Mit Aktivität wird die Leistungsfähigkeit eines Menschen in verschiedenen Lebensbereichen und Alltagsaktivitäten beschrieben und Teilhabe meint das Einbezogenensein in diese Bereiche (ebd.). Auf den Begriff der Teilhabe werde ich im nächsten Kapitel näher eingehen.

Zu den Kontextfaktoren gehören „zum einen die soziale, materielle, rechtliche und ökologische Umwelt eines Menschen, zum anderen sog. personenbezogene Aspekte wie Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit, Persönlichkeitsmerkmale etc.“ (ebd.). Damit wurde ein multidimensionales Konzept entworfen, welches versucht die unterschiedlichen Wirkungen und Zusammenhänge zwischen Personen und Umwelt darzustellen (ebd.). Seitdem wird Behinderung von der WHO nicht mehr nur als Schädigung physischer oder psychischer Art, die es zu beseitigen gilt betrachtet, sondern wird eher als soziale Situation verstanden, die sich aus Wechselwirkungen zwischen den „individuellen Beeinträchtigungen (Gesundheitsproblemen) und sozialen und materiellen Umweltfaktoren“ ergibt (Metzler, 2011, S. 105).

2.3 Sozialgesetzlicher Kontext

Der Begriff Behinderung taucht in verschiedenen Gesetzen auf beispielsweise im Grundgesetz (GG) und im allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), wird dort aber nicht näher beschrieben. Im Sozialgesetzbuch IX wird hingegen er wie folgt definiert:

„Menschen sind behindert, wenn ihre körperlichen Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist“ (§ 2 Abs.1 SGB IX).

Diese Definition ist relativ verständlich und bildet die Grundlage für sozialrechtliche Ansprüche von Menschen mit Behinderungen (vgl. Hirschberg, 2011, S. 3).

2.4 Betrachtungsweise durch die UN- BRK

Die UN- Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland seit 2009 geltendes Recht und veränderte den Blick auf Behinderung grundlegend. „Nicht die Menschen mit Beeinträchtigungen sind behindert, sie werden- durch Barrieren in der Umwelt- behindert. Dieser neue Behinderungsbegriff setzt einen gesellschaftspolitischen Impuls, Behinderung anders zu denken...“ (Hirschberg, 2011, S.1). Die Ziele und die Entstehung der UN- Behindertenrechtskonvention sind im 3.Kapitel genauer beschrieben.

All diese unterschiedlichen Erklärungsversuche ergeben zusammenfassend, dass „ Behinderung [...] ein komplexes Beziehungsgeflecht [ist] und von zahlreichen Einflussfaktoren abhängig: vom Verhältnis von individuellen und sozialen Belastungen und den verfügbaren informellen und professionellen Ressourcen, der Struktur des Hilfesystems, gesellschaftlichen Bedingungen, Normen und Werten. Behinderungen sind also relativ und

normativ, sie sind veränderlich, nicht starr und situationsabhängig. Jede Behinderung wirkt sich in Abhängigkeit all dieser Einflussfaktoren individuell unterschiedlich aus und wird subjektiv unterschiedlich verarbeitet und bewertet“ (Metzler, 2011, S.103, zit. nach Beck 1998, S 281f).

„Behinderung kann als ein Zusammenspiel von gesellschaftlichen Prozessen und den damit verknüpften Anforderungen verstanden werden, in denen Menschen aufgrund ihrer körperlichen, kognitiven, seelischen sowie seelisch körperlichen Lebenssituation Schwierigkeiten mit deren Bewältigung haben“ (Hoffmann, 2013, S.7).

3. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)

Die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, kurz UN-BRK genannt, wurde 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Dieses Vertragswerk wurde gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen entwickelt.

Leitidee war es, Menschen mit Behinderungen als vollwertige Bürger in der Gesellschaft anzuerkennen und die „Achtung vor dem Behindertsein als Teil menschlicher Vielfalt und Verschiedenartigkeit“ (Wacker, 2011, S.95). Grundgedanke der UN- BRK ist die Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

„Der behinderte Mensch muss sich nicht nach den Bedürfnissen der Gesellschaft richten, sondern die Gesellschaft passt sich mit ihren Strukturen behinderter Menschen an; und zwar von Anfang an und grenzt sie gar nicht erst aus. Die Individualität und Vielfalt der Menschen wird besonders geachtet“ (Althof, 2014: www.bag-selbsthilfe.de).

Im Jahr 2009 wurde die UN- Konvention über die Rechte behinderter Menschen in Deutschland ratifiziert. Das bedeutet, dass Bund und Länder dazu verpflichtet sind, die Forderungen der UN-BRK zu berücksichtigen und umzusetzen (vgl. Lebenshilfe, 2014: www.lebenshilfehessen.de). In regelmäßigen Abständen muss Deutschland den vereinten Nationen berichten, wie die Umsetzung der Konvention voranschreitet. Der erste Bericht wurde 2011 erstattet. Der nächste wird 2015 erwartet. „Nach der UN-Konvention sollen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben. Damit dies durchsetzbar wird, nennt die UN-Konvention Forderungen, die in vielen Lebensbereichen erfüllt werden müssen“ (Althof, 2014:www.bag-selbsthilfe.de).

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat eine staatlich unabhängige Monitoring Stelle eingerichtet. „Die Monitoring-Stelle gibt Stellungnahmen und Empfehlungen zu politischen, behördlichen oder gerichtlichen Entscheidungen ab und mahnt – wenn nötig –die Einhaltung der UN- Konven-

tion an. Sie organisiert Veranstaltungen zu wichtigen Themen der UN-Behindertenrechtskonvention und informiert durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (Institut für Menschenrechte, 2014: www...de). Weiterhin sollen Anlaufstellen entstehen, an welche sich Betroffene wenden können, um den Prozess der Umgestaltung zu begleiten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales dient als staatliche Anlaufstelle. Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung koordiniert die geplanten Maßnahmen der UN-Konvention. Auch die einzelnen Bundesländer sind dazu verpflichtet, Anlaufstellen einzurichten. (vgl. Institut für Menschenrechte, 2014:www...de)

Die Umsetzung der UN-BRK ist somit ein andauernder Prozess, bei dem immer wieder über bestehende Barrieren und Hindernisse diskutiert und neu entschieden werden muss. Die BRK-Allianz ist ein Beispiel für ein Bündnis von rund 80 Organisationen der Zivilgesellschaft, die über die aktuelle Lage von Menschen mit Behinderungen berichten und diesen Bericht an die Bundesregierung mit verschiedenen Forderungen einreichen.

4. Teilhabe- Begriffserklärung

Laut Duden ist mit Teilhabe das „gleichberechtigte Miteinbezogen sein“ gemeint und ist die gängige Übersetzung des Begriffes Partizipation.

Menschen mit Behinderungen soll eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden, die sie in die Lage versetzt, trotz ihrer Einschränkungen gleichberechtigt über ihr alltägliches Leben zu bestimmen und dies zu gestalten. Das bedeutet einmal den Abbau von äußerlichen Barrieren (Treppen, Bordsteinkanten), um beispielsweise körperlich eingeschränkten Menschen Mobilität zu ermöglichen. Teilhabe meint aber nicht nur „da sein“ oder „mobil sein“, sondern vielmehr das „aktive dabei sein“. Es geht also auch darum, dass Kommunikation und Interaktion in gleichberechtigter Weise stattfindet. Dies wiederum setzt voraus, dass z. B. Menschen mit kognitiven Einschränkungen Informationen in einer Art und Weise vermittelt bekommen, dass sie diese aufnehmen und verstehen können. Nur dann sind sie in der Lage, ihre Rechte zu kennen und selbst Entscheidungen treffen (vgl. Hoffmann, 2013, S.10).

Grundvoraussetzung für die selbständige und aktive Gestaltung des Alltages ist die Beherrschung von Sprache. Um ein Problem lösen zu können, muss erst der Inhalt verstanden worden sein. Dies scheitert jedoch oft an bestehenden Verständnisbarrieren (vgl. Hoffmann, 2013, S.11). „Anhand des komplizierten Umgangs mit Behörden wird beispielsweise deutlich, dass das Verstehen von Formularen etc. auch für Menschen, die nicht von Behinderungen betroffen sind oder die eine andere Sprache sprechen, eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit darstellt“ (Hoffmann, 2013, S.11). Ein Konzept, diese kommunikativen Barrieren zu überwinden, ist das Konzept der Leichten Sprache, auf das ich im nächsten Kapitel näher eingehen möchte.

5. Leichte und einfache Sprache- Konzepte mit Zukunft?!

„Leichte Sprache rückt in Deutschland zunehmend ins öffentliche Bewusstsein. Immer mehr Internetauftritte, Broschüren und Flyer werden in einfacher Sprache gestaltet“ (Kellermann, 2014, S.7).

Wie schon erwähnt ist die UN- Behindertenrechtskonvention ein ausschlaggebender Fakt, warum das Konzept der Leichten Sprache sich einer wachsenden Popularität erfreut. Ein weiterer Aspekt ist der zunehmende Analphabetismus.

„Eine Voraussetzung für Kommunikation und Teilhabe in demokratischen Gesellschaften ist sprachliche Kompetenz. Die Konzepte der Leichten und Einfachen Sprache zielen darauf, sprachliche Hürden für diejenigen abzubauen, die Alltags- oder auch Fachsprachen (etwa „Amtsdeutsch“, Wissenschaftssprachen) nicht oder nur schwer verstehen“ (Öztürk, 2014,S.2).

2011 wurde eine Studie zum Ausmaß von Analphabetismus, die sogenannte Leo- Studie in Deutschland durchgeführt. Diese kam zu dem Ergebnis, dass rund „2,3 Millionen Menschen zwischen 18 und 64 Jahren in Deutschland zwar einzelne Wörter lesend verstehen oder schreiben können, nicht jedoch ganze Sätze“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2014: www.bmbf.de). Weitere 7,5 Millionen „können zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, nicht jedoch zusammenhängende, auch kürzere Texte wie zum Beispiel eine schriftliche Arbeitsanweisung verstehen. Eine angemessene Form der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist bei funktionalem Analphabetismus nicht möglich“ (ebd.). Der Europarat unterscheidet 6 verschiedene Kompetenzstufen, um das Sprachniveau von Menschen und Texten zu messen.

„A1 und A2: Anfänger. :Der Leser kann sehr einfache bis einfache Texte lesen und verstehen.

B1 und B2: Fortgeschrittener. :Der Leser kann alltägliche Texte lesen und verstehen.

C1 und C2: Profi. :Der Leser kann komplexe Texte lesen und verstehen. Ein Text auf Niveau C1 entspricht in etwa Fachhochschulniveau“ (klarunddeutlich, 2014:www...de).

5.1 Unterscheidung von Leichter und einfacher Sprache

Leichte Sprache hat sich aus der Behinderten Selbsthilfe gebildet und ist kein geschützter Begriff. Daher wird er oft mit Einfacher Sprache gleichgesetzt. Dabei sind einige Unterschiede zu erkennen.

Texte in Leichter Sprache sind geeignet für Menschen mit kognitiven Einschränkungen, also mit einer geistigen Behinderung oder Lernschwierigkeiten und Analphabeten. Sie entsprechen dem Leseniveau A1 und ist für ca. 5% der Bevölkerung geeignet (vgl. klarunddeutlich, 2014:www...de).

Texte in Einfacher Sprache sind zwar auch für diese Zielgruppe geeignet, es profitieren jedoch weitaus mehr davon. Zum Beispiel Menschen mit Hörbehinderungen, ältere Menschen, Menschen mit einer Lese- Recht-schreibschwäche, Menschen mit Hirnverletzungen, Menschen mit geringen Deutschkenntnissen und auch Touristen. Hinzu kommen all jene, die zu keiner dieser Zielgruppen gehören und trotzdem Texte in einfacher Sprache nutzen können, um komplexe Themen schneller und übersichtlicher zu erfassen (vgl. Kellermann 2014, S. 7).

„Einfache Sprache hat das Leseniveau A2/B1. 95 Prozent der Bevölkerung können Einfache Sprache lesen – für 60 Prozent der Bevölkerung sind schwierigere Texte unverständlich“ (klarunddeutlich, 2014:www...de). Dies bedeutet, dass ungefähr 60% der Deutschen ein Sprachniveau über B1 nicht mehr lesen und verstehen kann. Werden die Personen noch dazugezählt, die ein höheres Niveau verstehen, kann man sagen, dass ca. 80% B1 gut lesen können.

Trotzdem werden Behördenschreiben oder betriebliche Formulare in einem viel höheren Niveau (C1) verfasst, welches Fachhochschuldeutsch entspricht und nur von 10% der Deutschen verstanden wird (vgl. klarunddeutlich, 2014:www...de).

5.2 Entstehung der Leichten Sprache

Im Sinne der UN- Behindertenrechtskonvention hat Leichte Sprache das Ziel, die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und die Einbeziehung in die Gesellschaft von Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen.

Leichte Sprache wurde von der US -amerikanischen Organisation „People First“ (Mensch zuerst) entwickelt. Diese Bewegung entstand 1974.

1996 wurde die Idee des Easy Read (einfaches Lesen) entwickelt. Diese sollte später auch in Deutschland übernommen werden (vgl. Kellermann, 2014,S. 8).

Das erste offizielle Netzwerk von Menschen mit Lernschwierigkeiten in Deutschland entstand 1997. Ein Jahr später gab die Europäische Vereinigung erstmals Richtlinien heraus, wie Informationen leicht lesbar zu gestalten seien. Die Idee, die dahinter stand war, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten ihre Rechte besser kennen und sich selbst wirkungsvoll vertreten können. So wurden zunächst hauptsächlich Informationen über Rechte von Menschen mit Behinderungen übersetzt (vgl. Seitz 2014,S.4). Erst 2001 wurde der Verein „Mensch zuerst“ in Deutschland gegründet. Dieser gab zwei Wörterbücher in Leichter Sprache heraus. 2006 gründete sich das Netzwerk Leichte Sprache.

Im Jahre 2009 erstellte die internationale Organisation Inclusion Europe ein umfassendes Regelwerk zu Leichter Sprache. Dieses wurde gemeinsam mit Menschen aus 8 Ländern-Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Litauen, Österreich, Portugal und Schottland- auf Grundlage der europäischen Richtlinien von 1998 verfasst.

Inclusion Europe erarbeitete ein Gütesiegel, welches Texte in Leichter Sprache kennzeichnet und mittlerweile deutschlandweit verbreitet ist. Die gekennzeichneten Texte werden von Menschen mit Lernschwierigkeiten geprüft (vgl. Kellermann, 2014 S.8).

5.3 Regeln für Leichte Sprache

Im Ratgeber für Leichte Sprache wurden verschiedene Regeln zur Umsetzung vorgestellt. Hier soll ein kurzer Überblick über die wichtigsten Regeln gegeben werden.

Leichte Sprache ist gekennzeichnet durch kurze Hauptsätze, wobei weitestgehend auf Nebensätze verzichtet werden sollte. In jedem Satz soll möglichst nur eine Information stecken.

Schwierige Wörter oder Fremdworte werden vermieden oder erklärt. Nach der Erklärung wird das Fremdwort hinzugefügt mit dem Hinweis: „...in schwerer Sprache heißt das...“.

Es ist auch möglich am Ende eines Textes eine Art Wörterbuch anzuhängen, in dem schwierige Wörter oder Fachbegriffe erklärt werden.

Lange Worte sollen durch kurze, präzise Worte ersetzt werden (zum Beispiel: Bus statt öffentliche Verkehrsmittel) oder durch Bindestrich oder Interaktionspunkt getrennt werden (zum Beispiel: Bundes-Gleichstellungsgesetz statt Bundesgleichstellungsgesetz).

Anders als bei Texten, die nicht in leichter Sprache geschrieben sind, ist es hier erwünscht, Worte zu wiederholen. Dadurch wird die Wiedererkennung von Begriffen durch den Leser besser gewährleistet.

Die Schrift sollte schnörkellos sein, klar und eine ausreichende Größe haben. Innerhalb eines Textes sollten die Schriftarten nicht oft variieren, besser ist es, bei einer Schriftart zu bleiben, da es sonst zu Verwirrungen führt.

Fortlaufende Texte werden in Absätze unterteilt, um sie optisch zu strukturieren. Bilder helfen dabei, sich besser zurecht zu finden. Dabei werden einfache Illustrationen bevorzugt, da z.B. Fotos zu viele Details enthalten (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2014:www.bmas.de). Es gibt noch weitere Regeln des Netzwerkes über Zahlen, Uhrzeiten und die Satzgestaltung, die ich hier nicht weiter ausführen möchte.

5.4 Regeln für einfache Sprache

Für die einfache Sprache hingegen gibt es kein Regelwerk.

Sie ist gekennzeichnet durch einen komplexeren Sprachstil, längere Sätze, bei denen auch Nebensätze verwendet werden. Es werden alltagsgebräuchliche Begriffe verwendet, deren Bedeutung dann auch als bekannt vorausgesetzt wird. Auch hier werden jedoch Fremdworte weggelassen oder erklärt. Die Überschaubarkeit des Textes sollte zwar auch durch Absätze gewährleistet werden, jedoch ist es nicht zwingend nach jedem Satzabschnitt erforderlich (vgl. Kellermann, 2014,S.7).

6. Kritik an Leichter Sprache

So verständlich auch die Idee der Leichten Sprache und somit der erleichterte Zugang zu Informationen und Bildung ist, steht das Konzept natürlich auch unter Kritik.

Leichte Sprache kann eine wirksame Methode sein, komplexe Zusammenhänge für jedermann verständlich darzustellen. Allerdings wird die theoretische Nutzbarkeit noch zu sehr eingeschränkt.

„Die Themenfelder der typischerweise in Leichte Sprache übersetzten oder verfassten Texte sind allerdings oftmals auf die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Lernschwierigkeiten zugeschnitten und damit nicht zwangsläufig von Interesse für weitere Personenkreise“ (Seitz, 2014 S. 4). Es gilt also, komplexe Inhalte, die auch Menschen außerhalb dieser Zielgruppe interessieren in Leichte Sprache zu übersetzen und somit eine größere Bandbreite zu erreichen. Davon kann wiederum die ursprüngliche Zielgruppe profitieren. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass „Übersetzungen unweigerlich die Aussage mit einem eigenem Sinn versieht, so auch von schwieriger Sprache in Leichte Sprache“ (Seitz, 2014, S.5). Bei jeder Übersetzung, sei es von Büchern aus einer anderen Sprache, bei Synchronisationen von Filmen oder Gesprächsrunden ist mit Verlusten bzw. mit inhaltlichen Veränderungen der jeweiligen Texte zu rechnen. Die Übersetzung ist daher stark vom Übersetzer abhängig und kann natürlich auch bewusst zu Fehlinformationen bzw. bewusstem Weglassen von Informationen missbraucht werden (vgl. Kellermann, S.10). Werden Texte in Leichte Sprache übersetzt entstehen zweifellos Dokumente, die sich über viel mehr Seiten erstrecken, als das ursprüngliche Schreiben. Dies kann eine abschreckende Wirkung auf die Zielgruppe haben, da sie sich vielleicht nicht zutrauen, so lange Texte zu lesen bzw. die Konzentrationsfähigkeit von Menschen mit kognitiven Einschränkungen oft auch begrenzt ist. Ein häufiger Vorwurf an die Leichte Sprache ist, dass sie an Kindersprache erinnere. Dabei sind durchaus grundlegende Unterschiede zu erkennen. Sprache und Schrift, die für Kinder auf Internetseiten oder im Fernsehprogramm benutzt werden, sind häufig bunter, schriller und kom-

plexer. Farben und Schriftformen wechseln häufig, Bilder sollen das Interesse der Kinder wecken und den Text auflockern. Außerdem werden Kinder geduzt und der „pädagogische Zeigefinger“ kommt zum Einsatz. In der Leichten Sprache für Erwachsene werden laut dem Regelwerk Bilder zur Unterstützung des Textmaterials eingesetzt, Farben sparsam verwendet und die angesprochene Zielgruppe wird gesiezt. Auch die Texte sind nicht so komplex, wie für lesekompetente Kinder (vgl. Kellermann, 2014,S.10). Ein weiterer Kritikpunkt ist das Weglassen von Fremdwörtern oder Fachbegriffen in der Leichten Sprache. Besonders Systeme der Wissenschaft und Politik bedienen sich komplexer Fachsprachen, die durch eigene Codes, Regeln und Konstrukte gekennzeichnet sind (vgl. Aichele, 2014,S.25). Diese Systeme können „gesellschaftliche Elitenbildung und undemokratische Strukturen befördern, die Exklusivität von Wissen und Wissenschaft erhalten, Machterhalt sichern oder auch zum Zwecke sozialer Repressionen instrumentalisiert werden“ (ebd.).

Das heißt, dass die Fachsprachen von Politik und Wissenschaft eine hohe soziale Bedeutung für einen Staat und seine Demokratie haben. Die Teilhabe an diesen Systemen kann also nur erfolgen, wenn der Einzelne die entsprechende sprachliche Kompetenz hat, das jeweilige System zu verstehen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Durch das Unverständnis der Sprache entsteht also eine Distanz, zwischen einzelnen Gesellschaftsschichten (vgl. Fackelmann, 2014, S.36). Aus politischer Sicht scheint diese Distanz durchaus gewünscht zu sein. Der Meinung, dass der Staat nicht will, dass sich Menschen politisch engagieren und die Regierung davon profitiert, wenn die Leute möglichst wenig wissen, stimmten laut Fackelmann ca. 45% der Befragten in der Studie „Sprichst du Politik?“ zu. Somit scheint der Kritikpunkt am Weglassen von Fachbegriffen oder der Erklärung solcher, nur von denen benannt zu werden, die sich solcher Systeme bedienen und ihre Vorteile daraus ziehen. „Denn Demokratie, die „Herrschaft des Volkes“ kann nur dann gegeben sein, wenn auch komplexe politische Entscheidungen von den Betroffenen verstanden werden- wie beispielsweise die Bewältigung der Bankenkrise, Entscheidungen zur Bioethik, Bildungs- oder Arbeitsmarktreformen“(Fackelmann, 2014, S. 34).

7. Derzeitige Bedingungen und Barrieren

Barrieren sind allgegenwärtig, nicht nur in unseren Köpfen, sondern auch in ganz normalen Alltagssituationen, wie Einkaufen gehen, mit dem Zug fahren oder Fernsehen. Besonders Menschen mit Behinderungen oder mit Beeinträchtigungen sind Barrieren verschiedenster Art ausgesetzt. Seit 2002 gilt in Deutschland das Behindertengleichstellungsgesetz, welches die Gleichstellung von behinderten Menschen im Rahmen des öffentlichen Rechts regelt und damit einen wichtigen Teil zur Umsetzung des Benachteiligungsverbotes aus dem Grundgesetz darstellt. Hier wird Barrierefreiheit in §4 folgendermaßen definiert:

„Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind“ (§ 4 BGG).

„Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass allen Bürgerinnen und Bürgern die Inanspruchnahme öffentlicher Institutionen und Einrichtungen, unabhängig von persönlichen Voraussetzungen, möglich ist“ (Bosse, 2014, www.bpb.de).

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat mehrere Artikel verfasst, welche die Medien betreffen und die Teilhabechancen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene verbessern sollen. So werden Bewusstseinsbildung (Art. 8), Zugänglichkeit (Art. 9), Zugang zu Informationen (Art. 21) und die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben (Art. 29) benannt und gefordert (vgl. ebd.).

In Deutschland leben ca. 11,7 % der Bevölkerung mit einer Behinderung. Die meisten Behinderungen treten erst im Laufe des Lebens auf und umfassen unterschiedlichste Einschränkungen. Von chronischen Krankheiten über körperlich- motorische Beeinträchtigungen bis hin zu kognitiven Be-

einträchtigungen oder Störungen der Sinnesorgane. Das bedeutet, dass es eine große Bandbreite von verschiedenen Bedürfnissen und Voraussetzungen gibt, die diese Bevölkerungsgruppe mit sich bringt. Daher ist es eine große Herausforderung sowohl physische Barrieren in Institutionen und öffentlichen Gebäuden abzubauen wie auch kommunikative Barrieren in den Medien und Verwaltungen schrittweise zu reduzieren, um möglichst vielen Menschen gerecht zu werden.

Im nächsten Kapitel möchte ich mich auf kommunikative Barrieren und deren Überwindung konzentrieren und auf physische Barrieren, wie Treppen... nicht näher eingehen. Im Folgenden stelle ich die derzeitige Situation der Zugänglichkeit zu verschiedenen Medien und zur Verwaltung dar.

7.1 Zugang zum Internet

Die Nutzung des Internets oder des Computers ist für behinderte Menschen besonders durch technologische Weiterentwicklungen gelungen. Wie oben bereits beschrieben, gibt es eine Unmenge von unterschiedlichsten Behinderungen bzw. Einschränkungen. Diese können durch differenzierte Hilfsmittel oder Funktionen am Computer kompensiert werden. So gibt es Computer mit Sprachsteuerung für blinde Menschen oder Augensteuerung für gelähmte Menschen (vgl. Bosse, 2014:www.bpb.de). Weiterhin kann z. B. ein Mensch mit einer motorischen Einschränkung die Tab- Tasten nutzen, wenn er mit der Maus Bedienung Schwierigkeiten hat. Die Weiterentwicklung im technischen Bereich wird künftig rasant voranschreiten. Das bedeutet, dass für viele Menschen mit körperlichen oder Sinnes- Behinderungen die Nutzung des Internets rein technisch gesehen möglich ist. Für Menschen mit einer Lernschwierigkeit oder kognitiven Beeinträchtigung jedoch stehen Barrieren der Zugänglichkeit im Vordergrund. Neben dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) wurde die Barrierefreie Informationstechnik –Verordnung (BITV) im Jahre 2002 erlassen. Danach sind alle öffentlichen Internetangebote so zu gestalten, dass behinderten Menschen der Zugang zu den Informationen möglich wird. Dabei wird auf die Nutzung der einfachen / leichten Sprache hingewiesen. (vgl. BITV Anlage 1, 2014:www.bmas.de). Der Einsatz der Leichten Sprache hat vorrangig auf öffentlichen Internetseiten, die Politik und Themen von Menschen mit Behinderung betreffen Einzug gehalten. So sind beispielsweise auf den Seiten vom Bundesministerium für Gesundheit, der Rentenversicherung oder der Agentur für Arbeit Buttons in Leichter Sprache angelegt. Diese haben einen hohen Wiedererkennungswert und sind leicht zu handhaben. Jedoch ist bei regionalen öffentlichen Internetseiten (beispielsweise beim örtlichen Sozialamt) bereits Schluss mit der Barrierefreiheit. Dort überwiegen Fachbegriffe und unübersichtliche Seiten. Es fehlen die Funktionen des veränderbaren Schriftbildes (Größe, Kontrast), Versionen in Leichter Sprache, Vorlesefunktionen und Sprachsteuerung.

Um allgemeine Informationen wie z.B. Nachrichten aus dem Internet in verständlich aufbereiteter Weise zu bekommen, muss der Nutzer schon genau wissen, wonach er sucht. Durch das unbegrenzte Angebot von Informationen sind Nutzer, die auf Leichte Sprache angewiesen sind schnell überfordert, da sie die komplexen Texte nicht oder kaum verstehen können. Um dem Abhilfe zu verschaffen, entwickelten Redakteure des Radiosenders Deutschlandfunk gemeinsam mit Kölner Studenten die Internetseite www.nachrichtenleicht.de. Dort wird wöchentlich ein Nachrichtenrückblick in Leichter Sprache veröffentlicht. Diese Seite ist sehr übersichtlich und klar strukturiert.

7.2 Zugang zum Fernsehen

Laut Bosse hat besonders der öffentlich rechtliche Rundfunk die Aufgabe, möglichst barrierefrei zu senden. Dazu hat der ARD 2011 einen umfangreichen Maßnahme- Katalog beschlossen. Dieser geht besonders auf die Bedürfnisse von gehörlosen und blinden Menschen ein, durch Einsatz und Ausbau der Gebärdensprache, Untertitelung sowie der Audiodeskription (Beschreibung von Handlungen, Schauplätzen, Gestik und Mimik). An der Spitze stehen Informationssendungen wie „Tagesschau“ und „Mittagsmagazin“, aber es werden zunehmend auch in den dritten Programmen und Regionalsendern die untertitelten Angebote erweitert. Seit 2014 werden in der ARD- Mediathek auch politische Sendungen mit Gebärdensübersetzung angeboten (vgl. Bosse, 2014:www.bpb.de). Sendungen mit wissenschaftlichen Inhalten wie „Quarks und Co“ oder „Wissen vor acht“ bieten mit sprachlichen Vereinfachungen und Erklärungen, die allgemein verständlich sind, eine gute Möglichkeit, auch Menschen mit kognitiven Einschränkungen komplexe Inhalte zu vermitteln. Das Angebot der Audiodeskription ist im öffentlich rechtlichen Fernsehen noch nicht ganz so umfangreich, wie die Untertitelung. Aber auch hier soll das Angebot, besonders von Tier- und Naturfilmen erweitert werden (vgl. Bosse, 2014:www.bpb.de). Laut Bosse bestehen für die privaten Sender keine Verpflichtungen, ihr Angebot barrierefreier zu gestalten. Bei einer Gesamtkonferenz wurden verschiedene private Sender aufgefordert, wenig-

tens einen Film am Abend zu untertiteln. Bisher sind jedoch kaum Beiträge, Sendungen und Filme untertitelt. Audiodeskriptionen wurden aus wirtschaftlichen Gründen sogar ganz abgelehnt. Trotzdem ist auch eine weitere erfreuliche Entwicklung zu beobachten. „Die deutsche Filmwirtschaft ist indirekt dazu verpflichtet worden, Filme auch in barrierefreien Fassungen bereitzustellen. Ab 2013 ist dies eine Bedingung, um öffentliche Gelder aus der Filmförderung zu erhalten. Die Kosten für die barrierefreien Fassungen werden dabei zu 100 % gefördert. Für das Fernsehen bedeutet diese Entwicklung: Der Anteil behindertengerechter Filme wird sich auf Dauer signifikant erhöhen“ (ebd.).

Die BRK Allianz ist mit der derzeitigen Situation im Vergleich zu anderen Ländern nicht zufrieden. Sie fordert in Ihrem Parallelbericht 2013 von der Bundesregierung eine Verbesserung der Zugänglichkeit des Fernsehprogrammes durch barrierefreie alternative Formate sicherzustellen und Audiodeskription, Untertitelung und Gebärdendolmetscher gleichermaßen zu berücksichtigen. (vgl. BRK- Allianz, 2013,S.40)

7.3 Zugang zum Radio

Leider gibt es im Radio noch keine Sendungen oder Beiträge, die durchgängig in Leichter Sprache konzipiert sind. Wie oben schon erwähnt hat der Sender Deutschlandfunk im Internet eine Seite über aktuelle Geschehnisse der Welt (www.nachrichtenleicht.de). Diese sind jeweils mit einer Audioversion in Leichter Sprache ausgestattet. Der Text wird also langsam vorgetragen, so dass auch Menschen, die nicht lesen können, über aktuelle Nachrichten informiert werden.

7.4 Barrieren in der Verwaltung

Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen können bei der Nutzung von Behörden und öffentlichen Institutionen an eine Vielzahl von Grenzen und Hindernissen stoßen. Prinzipiell sollte es für jeden Bürger, ob mit Einschränkungen oder nicht, möglich sein, seine Bürgerrechte eigenständig, also ohne die Hilfe eines Dritten zu nutzen. Folgt man dem Inklusionsgedanken, müssen die örtlichen Gegebenheiten auch so gestaltet sein, dass eine Nutzung unabhängig von der Art der Behinderung möglich ist. Dies ist aktuell jedoch noch nicht der Fall. Windisch teilt Barrieren in der Verwaltung in 3 hauptsächliche Dimensionen ein: Barrieren der Auffindbarkeit, der Zugänglichkeit und der Nutzbarkeit (vgl. Windisch, 2012, S.6). Dabei stellt er einen Zusammenhang zwischen Art der Behinderung und der Bedeutung unterschiedlicher Barrieren fest. „Bei Seh- und Mobilitätsbeeinträchtigungen stehen besonders die Barrieren der Auffindbarkeit und Zugänglichkeit im Fokus. Bei geistiger und Hörbeeinträchtigung eher die Nutzbarkeit“ (Windisch, 2012, S.7). Eine Vielzahl von bestehenden Barrieren sind leicht zu erkennen. Dazu gehören bauliche, räumliche oder infrastrukturelle Hindernisse, wie z.B. unüberwindbare Treppen, fehlende Aufzüge, Türen, die sich nicht automatisch öffnen lassen (vgl. Konieczny, Windisch, Schädler, 2012, S.8). Kommunikative Barrieren, sind nicht so offensichtlich. Sie werden erst erkennbar, wenn z.B. ein gehörloser Mensch einen Antrag stellen will und kein Beamter die Gebärdensprache beherrscht. „Eine andere kommunikative Barriere, insbesondere für Menschen mit einer Lernschwierigkeit, stellt zum Beispiel eine schwierige Sprache dar, d. h. die Verwendung von vielen Fremdwörtern oder insgesamt lange Sätze. Man bedenke, dass gerade die Behördensprache oft schon für Menschen ohne eine Behinderung schwierig zu verstehen sein kann“ (Konieczny, Windisch, Schädler, 2012, S.8). Weiterhin gibt es sensorische Barrieren, die ebenfalls nicht so offensichtlich sind. „Hierzu zählen unklare, schlecht lesbare Informationen, kontrastarme Farben, fehlende optische oder taktile Hinweise. Für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung können beispielsweise Formulare, wie Anträge oder auch Hinweisschilder zu klein geschrieben sein. Fehlt zum Beispiel an ei-

nem Treppengeländer eine farbliche, kontrastreiche Markierung, stellt dies eine akute Gefahrenquelle dar“ (Konieczny, Windisch, Schädler, 2012, S.8). Außerdem bestehen Barrieren im Kopf, die sich durch diskriminierende Einstellungen und Wert- und Normvorstellungen gegenüber Mitmenschen äußern. Zu guter Letzt können Barrieren auf der Wissenssebene existieren. Darunter sind unzureichende Kenntnisse der Behördenmitarbeiter über Leichte Sprache oder Leistungen, die Menschen mit Behinderungen zustehen oder weitere Vermittlungsmöglichkeiten zu verstehen (vgl. Konieczny, Windisch, Schädler, 2012, S.8). Auch auf den Webseiten der Verwaltung sind, wie oben bereits erwähnt die Homepages nicht barrierefrei, gestaltet. „Dabei fehlen vor allem folgende Funktionen: veränderbares Schriftbild (Größe, Kontrast), Versionen in Leichter Sprache, Vorlesefunktion und Sprachsteuerung. Einige Verwaltungsdienste besitzen gar keinen Internetauftritt, was die Informationsmöglichkeiten für alle Bürger verringert“ (Windisch, 2012, S. 8).

8. Was kann soziale Arbeit tun?

In der sozialen Arbeit haben wir tagtäglich mit Menschen zu tun, die auf unterschiedlichste Art beeinträchtigt sind bzw. beeinträchtigt werden. Unsere Aufgabe als Sozialarbeiter/in und Mitglied der Gesellschaft besteht darin, diesen Menschen Unterstützung zu geben, wo sie gebraucht wird und sie als gleichwertige Bürger dieses Landes mit allen Rechten und Pflichten wahrzunehmen. Dies schließt ein Umdenken in der Gesellschaft ein und beginnt bereits bei der Definition des Begriffes Behinderung. Der Mensch mit Beeinträchtigung wird nicht mehr als der „hilfebedürftige Fürsorgezögling“ angesehen, um den sich gekümmert werden muss, möglichst hinter verschlossenen Türen. Stattdessen soll er als wertvolles Mitglied der Gesellschaft mit all seinen Besonderheiten wahrgenommen und mitbedacht werden. Das Verständnis des Satzes „Wir sind nicht behindert-wir werden behindert“ ist in der Gesellschaft und vor allem in der Politik noch nicht überall angekommen. „Kampagnen und weitere Aktivitäten der Bewusstseinsbildung sind dringend notwendig, denn in Deutschland dominiert nach wie vor ein von medizinischen Aspekten geprägtes Bild von Behinderung. Menschen mit Behinderungen werden als defizitär und hilfebedürftig angesehen...Eine menschenrechtliche Sicht von „Behinderung“ ist in Verwaltung und Öffentlichkeit so gut wie nicht vorhanden“(BRK Allianz, 2013, S.20).

Durch die UN-BRK und die daraus resultierenden Gesetzesänderungen ist ein Prozess in Gang gekommen, der noch mehrere Jahre andauern wird und viele Veränderungen mit sich bringen muss, bevor von einer inklusiven Gesellschaft die Rede sein kann. Der Staat steht hier in der Verantwortung und muss durch seine Gesetzgebung und die Ernsthaftigkeit bei der Umsetzung Vorbild sein. Am Beispiel der Leichten Sprache äußert die BRK-Allianz in ihrem Parallelbericht, dass „Obgleich der Staatenbericht die Wichtigkeit des Zugangs von Menschen mit Behinderungen zu Kommunikation unterstreicht, werden nur eingeschränkt Maßnahmen unternommen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Beispielsweise besteht bislang weder eine Definition von „Leichter Sprache“ noch sind Standards eingeführt. Eine gesetzliche Verbindlichkeit, „Leichte Sprache“ zu nutzen,

besteht nicht. Seit September 2011 wird lediglich in der BITV24 2.0, die die barrierefreie Gestaltung von Internetangeboten der Bundesverwaltung regelt, die Verwendung von „Leichter Sprache“ für den Bereich der Startseite festgelegt“ (BRK Allianz, 2013, S.10).

Um das Konzept der Leichten Sprache in größerem Stile umzusetzen ist es notwendig ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. „Während die Definition der Barrierefreiheit für Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderungen weit fortgeschritten ist und sich schon in technischen Regelwerken niedergeschlagen hat, stehen Entwicklungen für die Gruppe der Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen ganz am Anfang. Wegen des mangelhaften Kenntnisstandes gibt es für diese Personengruppe einen besonderen Bedarf nach Grundlagenforschung und gesichertem Wissen. Dies betrifft zum Beispiel Informationen in „Leichter Sprache“ oder geeignete Orientierungssysteme“ (BRK-Allianz, 2013,S.22). Tatsache ist, dass viele Menschen keinen Berührungspunkt mit Menschen mit Behinderungen, speziell mit kognitiven Einschränkungen, in ihrem Alltag haben. In meiner beruflichen Praxis erlebe ich, dass Besucher der „Lausitzer Werkstätten gGmbH“ erst Kontakt mit Menschen mit Behinderungen haben, wenn sie persönlich betroffen sind, also selbst eine Behinderung erleiden oder einen Verwandten haben, der behindert ist. Um dem entgegenzuwirken, kann soziale Arbeit Begegnungen im öffentlichen Raum schaffen, aufklären und Menschen, die zum Beispiel in Verwaltungen arbeiten, schulen oder beraten.

Würde ein größeres Bewusstsein für die Bedürfnisse der Menschen mit Lernschwierigkeiten und kognitiven Beeinträchtigungen bestehen, könnte sich dies vorteilhaft auf die Planung und Umsetzung neuer Vorhaben (z.B. neuer Informationsschreiben) auswirken. So sollte Barrierefreiheit, also klare Strukturierung, Änderung der Schriftgrößen, gute Kontraste und die Ergänzung in Leichter Sprache bei der Einrichtung einer Internetseite als selbstverständlich verstanden und umgesetzt werden. Es ist wichtig, ein flächendeckendes Netz von barrierefreien Internetseiten zu gestalten (vgl. Bosse 2014, www.bpb.de). Auch Flyer und Broschüren sollten in Leichter Sprache zusätzlich angeboten werden. Bei einigen Themen, die vorrangig

Menschen mit Behinderungen betreffen ist dies schon der Fall und wird zunehmend umgesetzt. Das Angebot ist jedoch noch sehr ausbaufähig. Auch hier kann soziale Arbeit ansetzen und Flyer von sozialen Einrichtungen oder wichtige Informationen in Leichte Sprache umsetzen.

Auch Schulungen von Mitarbeitern in der Benutzung einfacher Sprache im persönlichen Beratungsgespräch mit Betroffenen können hilfreich sein. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in Schulungen von Mitarbeitern oder in die Gestaltung von Informationsmaterial ist ein wesentlicher Aspekt. Ein Beispiel in der Praxis ist das Projekt „Meine Rechte, Meine Stimme“. Hier werden Menschen mit Behinderungen über die Inhalte der UN-BRK geschult und können dann selbst als Trainer Schulungen für andere Menschen mit Behinderungen durchführen.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt wäre, dass das Konzept der Leichten Sprache in die Lehrpläne sozialer Berufe aufgenommen wird. Sozialarbeiter/-innen, Erzieher/-innen, Lehrer/-innen usw. müssen Kenntnisse über das Konzept erhalten und dieses anwenden können. So können sie den Bedürfnissen einer wachsenden Gruppe ihrer Klienten gerechter werden und diese wiederum könnten selbstbestimmter leben und entscheiden.

9. Fazit und eigene Erfahrungen

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Konzept der Leichten Sprache vom Grundgedanken der Teilhabe von Menschen mit kognitiven Einschränkungen oder Lernschwierigkeiten in der Gesellschaft getragen wird und dieser als positiv zu bewerten ist. Viele Organisationen und Behindertenverbände beschäftigen sich zunehmend mit dem Thema und befürworten den Einsatz dieses Konzeptes.

Trotzdem ist das Konzept an sich noch nicht ausgereift. Es gibt keine einheitlichen Regelungen und Festlegungen. Es ist eher so, dass jedes Netzwerk für sich oder seine Zielgruppe versucht, das Problem der Verständigung zu lösen. So gibt es verschiedene Kennzeichnungen von Texten in Leichter Sprache mit jeweils unterschiedlichen Anforderungen. Wünschenswert wäre, wenn die einzelnen Netzwerke und Organisationen zusammen arbeiten würden bzw. sich sogar zusammenschließen. Dann könnte ein einheitlicher Standard entwickelt werden, der möglichst vielen Anforderungen gerecht wird. So müsste das Rad nicht immer wieder neu erfunden werden, sondern die Erfahrungen, die bereits gemacht wurden, könnten effektiver genutzt werden.

Einen Hauptanteil zur Verwirklichung des Konzeptes könnte meiner Meinung nach nur durch die Bundesregierung und die Gesetzgebung geschaffen werden. Hier müssten klare Verbindlichkeiten geschaffen werden, also genaue und abrechenbare Angaben, was bis wann genau geändert werden soll. Die BRK- Allianz schätzt derzeit die Umsetzung der UN-BRK folgendermaßen ein:

„Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention⁸ stellt keine ausreichende Umsetzung der Ziele der BRK sicher... Vielen Maßnahmen des Aktionsplans fehlen verbindliche Zielsetzungen und zeitliche Komponenten zur Umsetzung“ (BRK- Allianz, 2013, S. 6).

In meiner eigenen praktischen Arbeit habe ich seit der Auseinandersetzung mit dem Thema begonnen, einzelne Informationsschreiben und Anhänge einfacher und übersichtlicher zu gestalten. Dies hatte zur Folge, dass weniger Nachfragen durch die Adressaten an mich zurückkamen. Das Bewusstsein der anderen Kollegen hat ebenfalls zugenommen und ein Umdenken angestoßen. So konnten wir gemeinsam die Werkstattordnung und den Werkstattvertrag in Leichte Sprache übersetzen und bieten beide Versionen in einer Mappe als Zugabe für die betreffenden Personen an. Ein Exemplar ist des Werkstattvertrages ist im Anhang zu finden.

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass das Konzept der Leichten Sprache eine Ergänzung zur allgemeinen Sprache darstellen soll, und keinen Ersatz. Menschen mit Behinderungen wollen ganz normal behandelt werden und keine Sonderbehandlung. Daher ist es wichtig, dass die Nutzung und Einbeziehung der Leichten Sprache zur Normalität wird.

Gleichzeitig ist mir bewusst geworden, wie zeitaufwendig es ist, einzelne Texte in Leichte Sprache zu übersetzen. Ich habe mich mit einzelnen Beschäftigten mit kognitiven Einschränkungen aus verschiedenen Arbeitsbereichen unserer Werkstatt zusammengesetzt, um Texte umzugestalten. Es erwies sich als schwierig, geeignete Mitarbeiter zu finden, die zum einen lesen können und zum anderen Interesse an dieser Arbeit haben. Von 4 gefundenen Interessenten stellten sich 2 als wirklich hilfreich und engagiert heraus. Die Hauptarbeit – andere Formulierungen finden, Textgestaltung...- blieb jedoch an mir hängen, da die Gegebenheiten im Arbeitsbereich derzeit nicht vorhanden sind, um die Beschäftigten noch viel mehr einzubeziehen. Im neuen Jahr ist ein Computer- Kabinett geplant, und wir haben uns vorgenommen, eine Gruppe zu bilden und zu begleiten, die Leichte Sprache mehr in unsere Werkstatt einbringen wird.

Anlage

Erklärung zum Werkstatt-Vertrag in leichter Sprache



zwischen



Beschäftigte (r)



Anschrift:

Am Speicher 4
02977 Hoyerswerda

Frau/Herr:



geboren am:
wohnhaft

vertreten durch
den Geschäftsführer:

vertreten durch
den gesetzlichen Betreuer:



- Dieser Vertrag gilt ab dem
- Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Dauer geschlossen.
- Der Vertrag regelt die Rechte und die Pflichten von Ihnen und der Werkstatt.
- Die Lausitzer Werkstätten sind eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM).
- Die Werkstatt bietet behinderten Menschen Arbeit, Begleitung und Förderung.

Der Vertrag




<p>Voraussetzungen</p> 	1	<p>Sie können wegen Ihrer Behinderung</p> <ul style="list-style-type: none"> • nicht außerhalb der Werkstatt arbeiten • noch nicht außerhalb der Werkstatt arbeiten • oder noch nicht wieder außerhalb der Werkstatt arbeiten. <p>Sie können in der Werkstatt mitarbeiten.</p>
	2	<p>Der Fachausschuss hat zugestimmt, dass Sie in der Werkstatt arbeiten dürfen.</p>
	3	<p>Die Kosten- Übernahme muss geklärt sein. Der Kosten-Träger bezahlt Geld an die Werkstatt für Ihren Arbeitsplatz.</p>
<p>Änderungen</p> 	4	<p>Wenn ein Teil dieses Vertrages nicht rechtens ist, so ist der Rest des Vertrages trotzdem gültig.</p> <p>Vertrags- Änderungen oder Ergänzungen müssen aufgeschrieben werden und werden dann von beiden Seiten neu unterschrieben.</p>

2

Leistungen der Werkstatt




	1	Die Werkstatt bietet Ihnen einen geeigneten Arbeits- Platz.
	2	<p>Die Werkstatt erstellt alle 2 Jahre Ihren Entwicklungs-Bericht.</p> <p>Dieser wird mit Ihnen in einem Entwicklungs-Gespräch besprochen.</p> <p>An dem Entwicklungs-Gespräch können verschiedene Personen teilnehmen. Zum Beispiel: Betreuer, Eltern, Gruppen- Leiter.</p>
	3	<p>Die Werkstatt unterstützt Sie bei der Auswahl oder einem Wechsel des Arbeitsplatzes.</p> <p>Dabei geht die Werkstatt nach Möglichkeit auf Ihre Wünsche und Fähigkeiten ein.</p>

3 Arbeits- Zeit

	1	Die Arbeits-Woche beträgt in der Regel 37,5 Stunden .
	2	Die Arbeitszeit beginnt in der Regel 7.30 Uhr .
	3	Die Arbeitszeit endet in der Regel 15.00 Uhr .
	4	<p>Die Arbeitszeit sowie die Pausen werden von der Werkstatt bestimmt.</p> <p>Sie sind verpflichtet, die für Ihre Arbeitsgruppe festgelegte Pausenzeit einzuhalten.</p> <p>Wenn Sie aufgrund Ihrer Behinderung mehr Pausen benötigen, besprechen Sie dies mit dem Begleitenden Dienst.</p>
	5	Verkürzte Arbeitszeit ist möglich. Besprechen Sie dies mit dem Begleitenden Dienst.

4

Lohn, Lohnfortzahlung und Sozialversicherung



Lohn 	1 <p>Sie erhalten für Ihre Arbeit in der Werkstatt ein Entgelt (Lohn).</p> <p>Es gibt 8 verschiedene Lohngruppen.</p> <p>Wenn Sie im Arbeitsbereich anfangen, werden Sie in eine Lohngruppe eingestuft.</p> <p>Bei Ihrem Entwicklungsgespräch wird die Lohngruppe neu geprüft.</p> <p>Der Lohn wird am 18. des Monats auf Ihr Konto gezahlt.</p> <p>Der Lohn wird einen Monat später auf ihr Konto gezahlt.</p> <p>Das schwierige Wort dafür ist: rück-wirkend</p> <p><u>Zum Beispiel:</u></p> <p>Sie bekommen ihren Lohn am 18. September für den Monat August.</p>
Lohnfortzahlung 	2 <p>Der Lohn wird weiterbezahlt zum Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • an Feiertagen • im Urlaub • bei Schwangerschaft • bei Krankheit bis zu sechs Wochen
Sonderzahlung 	3 <p>Weihnachts- Geld und Urlaubs- Geld sind Sonder-Zahlungen.</p> <p>Sonder-Zahlungen sind freiwillige Leistungen des Arbeit- Gebers.</p> <p>Das heißt: Der Arbeit- Geber kann Sonder- Zahlungen machen.</p> <p>Der Arbeit- Geber muß keine Sonder- Zahlungen machen.</p>
Sozial-Versicherung	4 <p>Sie sind krankenversichert, pflegeversichert und rentenversichert.</p>

5 Beförderung zur Werkstatt und nach Hause


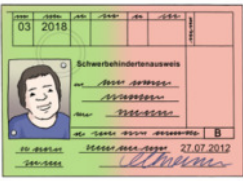

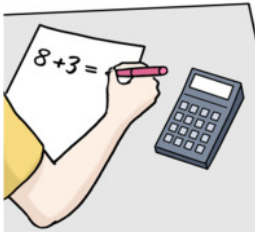
Taxi 	1	<input type="checkbox"/> Sie werden mit dem Taxi von zu Hause abgeholt und zur Werkstatt gefahren. Sie werden zum Feierabend mit dem Taxi nach Hause gefahren. Das Taxi wird von der Werkstatt bezahlt.
Zubringer	2	<input type="checkbox"/> Sie fahren mit dem Zubringer- Bus zum Außen- Arbeits- Platz. Der Zubringer- Bus wird von der Werkstatt bezahlt.
Bus 	3	<input type="checkbox"/> Sie fahren mit dem Bus zur Werkstatt und wieder nach Hause. <input type="checkbox"/> Die Kosten für die Fahrkarte bekommen Sie vom Kosten- Träger bezahlt. <input type="checkbox"/> Sie fahren mit Ihrem Schwerbehinderten- Ausweis kostenlos.
Fahrrad 	4	<input type="checkbox"/> Sie kommen zu Fuß oder mit dem Fahrrad oder einem PKW zur Werkstatt und wieder nach Hause.

6





Förderung und Unterstützung

	1	Sie können in der Werkstatt Dinge lernen, die im Berufsleben und im Alltag wichtig sind.
	2	<p>Es werden regelmäßig Begleitmaßnahmen durch die Werkstatt angeboten.</p> <p>Sie können an einer Begleitmaßnahme teilnehmen.</p> <p><u>Zum Beispiel:</u> Koch- Kurs, Schwimmen, Musik, Lern- Werkstatt, Töpfern</p>
	3	<p>Begleitmaßnahmen der Werkstatt können auch als Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt genutzt werden.</p> <p>Dabei müssen die Behinderung und die Möglichkeiten beachtet werden</p>
	4	<p>Sie haben das Recht an Weiterbildungen teilzunehmen.</p> <p>Auch wenn die Weiterbildungen in der Arbeitszeit sind.</p>
	5	Dieses Angebot der Werkstatt gilt solange Sie in der Werkstatt sind.



7 Urlaub

	<p>1</p> <p>Sie haben jährlich 25 Tage bezahlten Erholungsurlaub.</p> <p>Der Urlaub ist grundsätzlich bis zum 31.12. des Kalenderjahres zu nehmen.</p>
	<p>2</p> <p>Mit dem Schwerbehindertenausweis ab einem Grad von 50 der Schwerbehinderung bekommen Sie im Jahr an weiteren 5 Arbeitstagen bezahlten Urlaub.</p> <p>Das sind zusammen 30 Urlaubstage.</p>
	<p>3</p> <p>Sie können Sonder- Urlaub beantragen: <u>Zum Beispiel:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Umzug in eine andere Stadt • Hochzeit • Todesfall in der Familie
	<p>4</p> <p>Wenn Sie im Arbeitsbereich neu anfangen oder den Werkstattvertrag kündigen, kann dies auch mitten im Jahr sein.</p> <p>Dann stehen Ihnen nicht 25 / 30 volle Urlaubstage zu.</p> <p>Sie bekommen für jeden Monat 2,5 Tage Urlaub. Das heißt: Sie bekommen Ihren Urlaub anteilig.</p> <p><u>Zum Beispiel:</u> Sie fangen im September im Arbeitsbereich an. Bis zum Ende des Jahres sind es noch 4 Monate. Die 4 Monate mal 2,5 Tage ergeben dann noch 10 Tage Urlaub.</p>

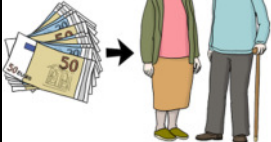


8 Pflichten des/ der Beschäftigten

<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; width: fit-content;"> <p>Regeln</p> <p>1. </p> <p>2. </p> <p>3. </p> </div>	1	<p>Sie verpflichten sich, die vorgegebene Arbeitszeit einzuhalten.</p> <p>Sie erscheinen regelmäßig und pünktlich zu den Arbeitszeiten der Werkstatt.</p>
	2	<p>Sie verpflichten sich so gut wie möglich zu arbeiten.</p>
	3	<p>Sie halten die Werkstattordnung ein.</p>
	4	<p>Sie bemühen sich bei den Angeboten der Begleitmaßnahmen mitzuwirken.</p>
	5	<p>Sie arbeiten mit allen in der Werkstatt Beschäftigten zusammen.</p>
	6	<p>Sie haben die Anweisungen des Werkstatt-Personals zu befolgen.</p>
	7	<p>behandeln Maschinen, Arbeitsmittel, Werkzeuge und Einrichtungen in der Werkstatt und auf Außenarbeitsplätzen sorgfältig.</p>
	8	<p>Nebentätigkeiten müssen durch die Geschäftsführung genehmigt werden.</p>

9 Fehlzeiten

	1	<p>Können Sie die vereinbarte Arbeitszeit nicht einhalten, geben Sie dem Gruppenleiter bis spätestens 10.00 Uhr telefonisch Bescheid.</p> <p>Können Sie selbst nicht anrufen, soll ein Angehöriger, Betreuer oder Wohngruppenleiter rechtzeitig unter Angaben von Gründen anrufen.</p>
	2	<p>Wenn Sie krank sind, müssen Sie in der Werkstatt so bald wie möglich Bescheid geben.</p> <p>Spätestens am 3. Tag, an dem Sie krank sind, muss der Kranken- Schein in der Werkstatt abgegeben werden.</p>
	3	<p>Wenn Sie durch Ihre Unpünktlichkeit einen extra Transport zur Arbeitsstelle brauchen, müssen Sie Transport-Kosten in Höhe von 2,50 € bezahlen.</p>
	4	<p>Sie werden mit Eintreffen in die Werkstatt als anwesend eingetragen.</p> <p>Erst ab diesem Zeitpunkt wird die Arbeitszeit bezahlt.</p>

10 Der Vertrag endet

	1	<ul style="list-style-type: none"> • wenn Sie in den Ruhe-Stand gehen. • wenn Sie einen Ausbildungs- Platz oder einen Arbeits- Platz außerhalb der Werkstatt haben • wenn Sie kündigen <p>Sie geben eine schriftliche Kündigung beim Begleitenden Dienst ab. Der Vertrag endet dann zum Monats- Ende.</p>
	2	<ul style="list-style-type: none"> • wenn die Werkstatt kündigt <p>Die Werkstatt kann ihnen zum Beispiel kündigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ wenn Sie sich oder andere in der Werkstatt gefährden ○ wenn die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind ○ wenn die Werkstatt für Sie kein Geld mehr bekommt oder die Werkstatt keine Werkstatt mehr ist.
	3	<p>Eine Kündigung durch die Werkstatt ist nur mit Zustimmung des Fach-Ausschusses möglich. Auf Ihren Wunsch wird in diesem Fall eine Stellungnahme vom Werkstatt- Rat gefordert und berücksichtigt.</p> <p>Außerdem können Sie sich gegen die Kündigung vor Gericht wehren.</p> <p>In diesem Fall gilt die Kündigung erst dann, wenn das Gerecht der Werkstatt Recht gegeben hat.</p>

Sonstiges

• _____

Hoyerswerda, den _____

Unterschrift Geschäftsführung

Hoyerswerda, den _____

Unterschrift Mitarbeiter (in)

Hoyerswerda, den _____

Unterschrift gesetzlicher
Betreuer(in)

Literaturverzeichnis

- Aichele, V. (2014). Leichte Sprache- Ein Schlüssel zur "Enthinderung" und Inklusion. Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg. *APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 64, S.19-25.
- Althof, N. (2014). Das neue Leitbild- Inklusion, <http://www.bag-selbsthilfe.de/un-behindertenrechtskonvention>. Abgerufen am 12. 10 2014
- Beck, I. (1998). Gefährdungen des Wohlbefindens schwer geistig Behinderter.
In: Fischer, U. ,Hahn,M. Th.,Lindmeier, Ch., Reimann, B.,Richardt, M. (Hrsg.), S.237-299
- BGG Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen
http://www.gesetze-im-internet.de/bgg/_4.html abgerufen am 12.01.2015
- BITV. (2012). Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz
<http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a712a-bitv-2.0.pdf?blob=publicationFile>. Abgerufen am 05. 11 2014
- Bosse, I. (2014) Menschen mit Behinderung in den Medien -Mittendrin oder außen vor?
<http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/medienpolitik/172759/menschen-mit-behinderung-in-den-medien> . Abgerufen am 05. 11 2014
- BRK-Allianz (2013) (2013) Für Selbstbestimmung, gleiche Rechte, Barrierefreiheit und Inklusion -erster Bericht der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention in Deutschland
http://www.brk-allianz.de/attachments/article/93/parallelbericht_barrierefreiheit_layoutfassung.pdf. Abgerufen am 19. 12 2014
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014)
http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a752-ratgeber-leichte-sprache.pdf?__blob=publicationFile Abgerufen am 12.11.2014
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014)
<http://www.bmbf.de/de/426.php> Abgerufen am 14. 10 2014
- Duden (2014)
<http://www.duden.de/suchen/dudenonline/Teilhabe> abgerufen am 12.01.2015
- Fackelmann, B. (2014). Legitim? Herrschaft durch Sprache in Politik und Wissenschaft: Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg. *APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 64, S.33-38.
- Feige, J. (2014). "Barrieren in den Köpfen" abbauen! Bewusstseinsbildung als Verpflichtung.
Deutsches Institut für Menschenrechte. Monitoring Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention Positionen Nr.8

- Hirschberg, M. (2011). Behinderung: Neues Verständnis nach der Behindertenrechtskonvention.
Deutsches Institut für Menschenrechte. Monitoring Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention. Positionen Nr.4
- Hoffmann, A.-M. (2013). Leichte Sprache und Gottesdienst. Leichte Sprache als ein Weg zur Inklusion. *Masterarbeit.*
 Von <http://www.socialnet.de/materialien/attach/220.pdf>. abgerufen am 05.11.2014
- Institut für Menschenrechte. (2014).
<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/monitoring-stelle/ueber-uns.html>. Abgerufen am 26. 11 2014
- Integrationsamt
<https://www.integrationsaemter.de/Fachlexikon/Behinderung/77c355i1p/index.html>
 abgerufen am 26.11.14
- Jantzen, W. (1976). Zur begrifflichen Fassung von Behinderung aus der Sicht des historischen und dialektischen Materialismus.
Zeitschrift für Heilpädagogik 27, S. 428-436
- Kellermann, G. (2014). Leichte und einfache Sprache- Versuch einer Definition.
 Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg.
APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte 64, S.7-10
- Klarunddeutlich. (2014)
<http://www.klarunddeutlich.de/html/img/pool/Broschuere%20KLAR-DEUTLICH.pdf>. Abgerufen am 29. 10 2014
- Konieczny, E. J. (2012). Inklusionsorientierte Verwaltung- Arbeitshilfe zur Sensibilisierung und Qualifizierung von kommunalen Verwaltungsstellen.
Siegen: Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste an der Universität Siegen (ZPE).
- Lebenshilfe. (2014).
http://lebenshilfehessen.de/wDeutsch/ueber_uns/Behindertenrechtskonvention.php. von <https://www.aktion-mensch.de/themen-informieren-und-diskutieren/zugang-fuer-alle/barrierefreie-stadtplanung.html>. Abgerufen am 12. 10 2014
- Leichte Sprache Die Bilder(2013) Lebenshilfe Bremen, Verlag der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
- Metzler, H. (2011). Behinderung.
 In: Otto, H.-U./ Thiersch H. (Hrsg.), *Handbuch der sozialen Arbeit*
 München: Reinhardt Verlag. S.101-108
- Östürk, A. (2014). Leichte und einfache Sprache, Editorial
 Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg.
 . *APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 64, 2.
- People 1(2014)
http://www.people1.de/wer_verein.html abgerufen am 22.10.14
- SGB IX Sozialgesetzbuch Neuntes Buch- Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
<http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbix/2.html> abgerufen am 12.01.15

- Seitz, S. (2014). Leichte Sprache? Keine einfache Sprache.
Bundeszentrale für politische Bildung, Hrsg.
APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte 64, 3-6.
- Wacker E: Behindertenpolitik, Behindertenarbeit
. In: Otto HU, Thiersch H (4. Aufl.). *Handbuch Soziale Arbeit*
München: Reinhardt, 2011: S. 87-100.
- Windisch, M. (2012). Verwaltung für alle in Wetter (Ruhr) Auswertung der
Mitarbeiterbefragung. Siegen: *ZPE- Universität Siegen*.

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Hoyerswerda,

16.01.2015

Bearbeitungsort

Datum

Unterschrift